

Entwicklungsländer

Entschuldung tut not

Alle zehn Jahre verdoppeln sich die Schulden der Entwicklungsländer, nicht so sehr, weil ihnen kontinuierlich Mittel zufließen, sondern hauptsächlich, weil Tilgungsrückstände und Zinslast wachsen. Die Weltbank schätzt den Stand der Verschuldung per Ende 1998 auf 2465 Mrd. \$. Der eigentliche Zweck der Entwicklungshilfe, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder voranzubringen, wird, alles in allem betrachtet, nicht erreicht. Die Zirkularität von ›Armut – Aufzehren des wirtschaftlichen Wachstums durch Bevölkerungswachstum – neuer Armut‹ wird nicht durchbrochen. (Die Vereinten Nationen haben den 12. Oktober zum Tag der sechs Milliarden, nämlich: Menschen auf der Erde, erklärt.)

Der 10. Entwicklungsbericht der UNO (»Globalisierung mit menschlichem Antlitz«) zeigt, daß die finanzielle Komponente nur eine Folge des Keils ist, welchen die Globalisierung zwischen die reichen und die armen Länder getrieben hat. Die Einkommen des reichsten und des ärmsten Fünftels der Menschheit verhielten sich 1960 wie 30:1, im vergangenen Jahr wie 74:1. Die drei reichsten Menschen haben mehr Vermögen als die Bruttoinlandsprodukte der am wenigsten entwickelten Länder mit ihren 600 Millionen Menschen zusammen ausmachen.

Die Schuldfrage zu stellen, nützt bekanntlich nur, wenn man bereit ist, aus Fehlern zu lernen. Schuld sind zweifellos unproduktive Verwendungen von Mitteln (um es möglichst unaufgeregt auszudrücken) in etlichen Entwicklungsländern. Daraus ist zu lernen, daß die Form der Entwicklungsleistung den Verhältnissen im Land anzupassen ist. Professionelle Geldgeber sind damit kaum überfordert. Schuld sind ferner Schwankungen der Weltkonjunktur, die zum Verfall von Rohstoffpreisen (und damit der Exporterlöse der Entwicklungsländer) führen. Das ist der Marktmechanismus, wird den Ländern entgegen gehalten, deren Schaden dies ist. Das stimmt wohl, aber: des einen Not, des andern Brot. Die Länder, die davon profitieren, könnten als Teil ihrer Entwicklungshilfe Ausgleichszahlungen leisten, die den Vorteil hätten, wirtschaftliche Leistungen der Entwicklungsländer vorauszusetzen. Schuld sind schließlich die Hürden, die entwickelte Länder und Freihandelszonen zum Schutz der heimischen Landwirtschaft errichtet haben. Was hier bewußt und zu Lasten der Entwicklungsländer außer Kraft gesetzt wird, ist schließlich der selbe Marktmechanismus. Die OECD-Minister unterstrichen im Abschluß-Communiqué ihres Treffens vom Mai das Schlüsselinteresse, das die Landwirtschaft für die Entwicklungsländer hat, beschlossen aber keine Maßnahmen zum Abbau ihrer Zollschraken.

Der Verzicht auf uneinbringliche Forderungen gegenüber den hochverschuldeten armen Ländern (Highly Indebted Poor Countries, HIPC genannt), der in der internationalen Finanzbuchhaltung wiederum als Entwicklungshilfeleistung registriert

werden wird, hat seinen Wert vor allem in der Tatsache, auf die Finanznöte der dritten Welt aufmerksam gemacht zu haben. Gelindert sind sie damit nicht. Und die eigentlich gewollte Entwicklung ist auch kein Stück voran gekommen. Was ist zu tun, wenn die ungleichen Hemisphären zusammenwachsen sollen? Es muß aus Fehlern gelernt werden – und das nicht nur in den Entwicklungsländern selber. Der Marktmechanismus muß und sollte dafür nicht außer Kraft gesetzt (wohl aber in Kraft, wo dies nicht der Fall ist), die ungewollten Folgen von dessen Wirken sollten durch Umverteilung korrigiert werden.

Welthandelsorganisation

Im Vorfeld der Millenniumsrunde

Zügig soll verhandelt werden, binnen drei Jahren soll alles beschlossen sein. Flexibel will man Kompromisse suchen zwischen den nicht von vornherein zu vereinbarenden Positionen, wie sie sich bereits im Vorfeld abzeichnen. Restanten aus der Uruguay-Runde (die sogenannte »built-in agenda«) sollen abgearbeitet, weitere Felder wie Dienstleistungen, Umweltschutz, Sozialstandards, gleich mit erledigt werden. Und das alles soll nach dem Willen der EU als Paket behandelt werden, also nicht einzeln beschlossen oder abgelehnt werden können. Kurz, man hat sich viel vorgenommen für die sogenannte Millenniumsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) auf dem Weg von der Welthandels- über eine Weltwirtschafts- hin zu einer Art (materieller) Weltordnung.

Die Realität sieht anders aus. Ob Bananen, ob Fleisch hormonbehandelter Rinder, ob Krabben oder Thunfische, die mit beanstandeten Methoden gefangen wurden, ob Importzölle auf landwirtschaftliche Produkte, ob Umwelt- (»grünes«) oder Sozial-Dumping: Es sind die materiellen Partikular-Interessen, mit welchen hehren Zielen auch immer sie verbrämt werden, die den Alltag und die anstehenden Verhandlungen bestimmen.

Ein Beispiel liefert die Diskussion über Kinderarbeit. Eine WTO-Norm wird nicht daraus, weil keine Einigung in Sicht ist. Ersatzweise wird eine Norm der Internationalen Arbeitsorganisation angestrebt – weil die ILO bei Verstößen kaum wirksame Sanktionsmöglichkeiten hat! Die USA befürworten die Regelung, weigern sich aber (wie auch Großbritannien), auf Kindersoldaten zu verzichten (Clintons Bekenntnis lautet keineswegs: »Wir werden Kinder als Soldaten nicht tolerieren«, sondern: »Wir werden Kinder als *zwangsverpflichtete Soldaten in Kriegen* nicht tolerieren«). Deutschland kann der Konvention derzeit nicht beitreten, weil die als nationales Recht geltende sexuelle Selbstbestimmung ab 16 Jahren mit der Konvention nicht vereinbar wäre. Die Entwicklungsländer, an deren Adresse die Konvention ja eigentlich gerichtet ist, können die Norm nicht aus dem Stand heraus erfüllen, da bei ihnen Kinderarbeit Ausdruck eines Entwicklungsrückstandes ist, der so schnell nicht abgebaut werden kann. Das »menschlichere Gesicht der Weltwirtschaft«, von dem in diesem Zusammenhang immer die Rede ist, erweist sich bei

genauerem Hinsehen als eine Maske, hinter der jedes Land möglichst bleiben will, wie es ist.

Weltfinanzsystem

Umbau der Architektur

Der Welthandel bringt Liquiditäts-, Wechselkurs- und Ausfallrisiken aller Art mit sich, gegen die sich Verkäufer und Käufer traditionell sichern können. Bei grenzüberschreitenden Investitionen und erst recht bei reinen Finanzanlagen dagegen sind Risiken und Chancen der eigentliche Kern des Geschäfts, also im Prinzip nicht absicherbar. Zu den Geschäftsrisiken im Einzelfall kommen politische Risiken hinzu, die wenig mit Geschäften, aber viel mit »good governance« zu tun haben, worunter sowohl eine solide Finanzpolitik als auch ein wahrheitsgemäßes und aktives Informationsgebaren zu rechnen sind. Weitere Akteure auf dieser Bühne sind die Weltfinanzinstitutionen, vor allem die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). Das größte Risiko entsteht aus dem Zusammenwirken von tatsächlichen und befürchteten Schwierigkeiten, das über Nacht Krisen auslösen kann.

Obwohl vom Volumen her eher unbedeutend, sind die Weltfinanzinstitutionen in besonderer Weise aufgefordert, Risiken früher als bisher zu erkennen und öffentlich bekannt zu machen, bevor es zu unkontrollierten, krisenhaften Reaktionen kommt. Die Forderungen nach einem Umbau der internationalen Finanzarchitektur, an die Adresse der Bretton-Woods-Institute gerichtet, richten die Politiker in gewisser Weise an sich selber, denn die Mitglieder dieser Institutionen haben die Vorgaben zu verantworten, welche IWF und Weltbank umsetzen. Institutionelle Verbesserungen hat es seit der Asien-Krise einige gegeben: mehr Transparenz, verbesserte fiskal- und finanzpolitische Standards, schließlich die Sonderreservefazilität SRF und die vorbeugende Kreditlinie CCL für Schwellenländer, die auf dem richtigen Weg sind. Was noch fehlt, ist die Beteiligung der privaten Anleger, vor allem der *global players* unter den Geschäftsbanken, die, so der Hauptvorwurf, durch das Eintreten der öffentlichen Institutionen zum *moral hazard*, das heißt zur Leichtfertigkeit im Vertrauen auf öffentlichen Ausgleich möglicher Verluste, verleitet werden.

Die Einbindung des Privatsektors ist schwierig. Eine kostenlose Sicherung ist nicht vorstellbar, ein Appell würde nichts fruchten, da die Mißachtung Kostenvorteile brächte, bleibt also eine international abgestimmte in nationales Recht übernommene Neuregelung solcher Geschäfte, wogegen sich die Banken vehement sträuben. Eine freiwillige Vereinbarung durch Reform der sogenannten Basler Eigenkapitalregeln stößt vor allem auf dem europäischen Kontinent auf Widerstand, wo der staatliche Bankensektor eine traditionell große Rolle spielt. In die Schußlinie geraten sind insbesondere Sparkassen und Landesbanken.

50 Jahre Grundgesetz

Ein einig Volk von Spezis?

Staatsdiener will schon lange nicht mehr genannt werden, wer in Exekutive und Legislative an einer Schaltstelle der Macht sitzt. Die Eide, mit denen sich Politiker und Beamte dem Gemeinwohl zu dienen verpflichten, dürfen, je größer die mit dem Amt oder Mandat verbundene Macht ist, nicht allzu wörtlich genommen werden. Noch jede Opposition warf jeder Regierung eine Politik zugunsten ihrer eigenen Klientel vor, und jede hatte mehr oder weniger recht. Im Sektor Staat, wie er in der Volkswirtschaftslehre genannt wird, herrscht bei realistischer Betrachtung ebenso das Streben nach Eigennutz wie in den privaten Sektoren.

Konstitutionelle Ökonomik nennt man – als Kern dieser Disziplin – die Gesamtheit der wirtschaftlichen Wirkungen, die sich aus dem Regelwerk der Verfassung und aus der Verfassungspraxis ergeben. Der Geburtstag des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist Anlaß, den Beitrag der Verfassung für die deutsche Volkswirtschaft (als Standortfaktor im globalen Wettbewerb) kritisch zu beleuchten. Neben den juristischen und den politologischen Kriterien stehen den Volkswirten hierfür solche zur Beurteilung statistisch meßbarer Ergebnisse zur Verfügung. Wichtige Kennzahlen sind der Umfang der Staatstätigkeit, gemessen als Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, der Umfang der Staatsschulden, die Zukunftsfähigkeit etwa der Sozialsysteme, gemessen als Anzahl der Jahre, binnen deren das System zusammenbrechen würde, wenn alles eben so weiterlief.

Ohne Ideologien zu bemühen und ohne Rücksicht auf die Verfassung, die ja den Gegenstand der Untersuchung darstellt, kann das Wirken des staatlichen Sektors zugunsten identifizierbarer Gruppen und damit zu Lasten derjenigen, die nicht dazugehören, sowie zu Lasten künftiger Generationen rein ökonomisch untersucht werden. Die Lehren, die aus den Ergebnissen zu ziehen sind, müssen politisch umgesetzt werden. Die Qualität der Umsetzung kann wiederum (auch) ökonomisch beurteilt werden. Die Globalisierung der Wirtschaft führt zu einer Ökonomisierung der Gesellschaft. Der Vorgang erinnert an die Legende von Fortunatus, der sein Geldsäckchen umstülpte, worauf es die ganze Welt enthielt.

Bevölkerung

Schrumpfpopulation

Die Stärke und der Aufbau einer Bevölkerung sowie die Veränderungen dieser Größen gehören zu den Basisdaten der Gesellschaft. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten schuf eine neue Ausgangssituation. Die Statistik der letzten acht Jahre zeigt jährliche »Sterbefallüberschüsse« von durchschnittlich knapp 90.000 (mit dem Ergebnis des Alterns der Bevölkerung), daneben Zuwanderungsüberschüsse, die

von knapp 800.000 im Jahr 1992 bis zu 47.000 im letzten Jahr reichen. Der Trend wird von zwei Komponenten getragen: einer kontinuierlichen Schrumpfung der deutschen Bevölkerung und dramatisch abnehmenden Wanderungsgewinnen (die Zuwanderung von Rußland- und anderen Auslandsdeutschen ist zum Erliegen gekommen, die Anzahl der Kriegsflüchtlinge nimmt ab, die Rückwanderung hat begonnen). Der Gesamtsaldo fiel 1998 erstmals seit der Vereinigung negativ aus (-20.368). Die Einwohnerzahl sank auf 82,037 Millionen.

Wenn die weitere Entwicklung dem Trend folgt, daß die Wanderungsgewinne nicht ausreichen, um den Geburtenmangel auszugleichen, wenn vielleicht schon bald die Ab- und Rückwanderung überwiegt, wird es noch einmal schwerer, die aktuellen gesamtgesellschaftlichen Probleme zu lösen. Viele Systeme sind auf Wachstum eingestellt, von der staatlichen Rentenversicherung bis zum Schuldenberg. Der Alterungseffekt verstärkt die Probleme der Sozialversicherungen. Eine schrumpfende Bevölkerung tut sich schwer mit der Aufgabe, wirtschaftliches Wachstum hervorzubringen, das »eigentlich« nicht gebraucht wird.

Statistik

Mit frisch gespitztem Stift

Die Statistik läuft den realen Entwicklungen hinterher. Auch da, wo sie vorausschauend tut, tut sie dies mit Verfahren von gestern. Sie kann einerseits nicht jede Mode mitmachen, nicht jedem »Trend« folgen, aber sie sollte sich andererseits auch nicht abkoppeln lassen von bedeutsamen Entwicklungen, die das Gesamtbild verfälschen, wenn sie fehlen.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein übergreifendes Rechenwerk, das mit seinen Ergebnissen immer wieder zu wirtschaftspolitischen Weichenstellungen herangezogen wird. Die Überwachung der Maastricht-Kriterien setzt voraus, daß die Ergebnisse nationaler Berechnungen miteinander vergleichbar sind. Daher wurde in Deutschland im April eine grundlegende Revision dieses Rechenwerkes vollzogen. Erste Berechnungen zeigen bereits einige charakteristische Abweichungen: Das Bruttosozialprodukt wird nun höher ausgewiesen als bisher, das Wachstum entsprechend schwächer. Die Entwicklungen im Zeitablauf bleiben im wesentlichen erhalten.

Ein seit längerer Zeit beklagter Mangel ist damit noch nicht behoben: ein angemessener Nachweis aller marktgängigen Dienstleistungen. Wenn man bedenkt, daß entwickelte Volkswirtschaften vor allem im Dienstleistungssektor wachsen (tertiärer Sektor genannt, daher der Ausdruck »Tertiarisierung« für dieses Phänomen), erkennt man leicht, daß ein wesentlicher Leistungsbereich der deutschen Wirtschaft in der amtlichen Statistik nicht angemessen repräsentiert ist. Die wiederholt vorgetragene Forderung stößt bedauerlicherweise auf Widerstand bei denjenigen, welche die Berichtspflicht erfüllen müßten – als wenn es sich um eine Strafe handelte und nicht um ein Instrument, das dazu dient, die Weichen gerade auch für

die Betroffenen richtig zu stellen. Angesprochen ist vor allem die Branche EDV und Informationstechnologie, die ihrer technischen Ausstattung nach mit statistischen Meldungen keine gravierenden Probleme haben sollte.

Außenhandel

Schwacher Start

Der Januar des laufenden Jahres begann so schwach, daß die ab März erzielten Überschüsse nicht reichten, um ein positives Bild der Lage zu zeichnen. Die Exporte in die Krisenregionen der Weltwirtschaft nahmen prozentual am stärksten ab, die vor sich hin dümpelnden Konjunkturen der absolut ungleich wichtigeren Abnehmerländer in die EU lieferten keine Impulse. Ab April und verstärkt in der zweiten Jahreshälfte soll es wieder stärker aufwärts gehen, mehr als 1% Exportwachstum (bei 2% Importwachstum) dürfte jedoch nicht mehr erzielt werden. Da die Entwicklung im Verlauf des Vorjahres umgekehrt war, bedarf es keiner prophetischen Gabe, um diese Wende vorherzusagen: in der Statistik nennt man das einen Basis-effekt.

Strukturierte Finanzierung

Aus weich mach hart

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks gab man dem Kompensationsgeschäft keine große Zukunft mehr. Diese Geschäftsart blüht jedoch, sie entwickelt sogar eine gewisse Artenvielfalt, die Finanzdienstleistern Raum läßt für ein Dazwischentreten, das Importeuren und Exporteuren nützt.

Der Wirtschaftsverkehr zwischen Hart- und Weichwährungsändern birgt Risiken, die besondere Vorkehrungen erfordern. Die Währungsrisiken stecken vor allem in den Devisenausfuhrbestimmungen (Konvertierungs- beziehungsweise Transfer- risiken). Am wenigsten Sicherheit braucht der sogenannte *barter trade*, der Natural- tausch Zug um Zug: Dabei stellen Exportgüter aus dem Weichwährungsland das Entgelt für gelieferte Importgüter dar. Diese Form ist nicht immer möglich, sei es, daß ein zeitlicher Abstand unvermeidbar ist, sei es, daß der Exporteur aus dem Hartwährungsland an Naturalleistungen nicht interessiert ist.

Die nächste Stufe stellt die Sicherung eines Imports in ein Weichwährungsland durch die Lieferung von Gütern dar, die an Warenterminmärkten gehandelt werden (sogenannte *commodities*, zum Beispiel fossile Primärenergieträger). Für die Abwicklung kann vereinbart werden, daß beide Seiten Treuhandkonten unterhalten.

Darüber hinaus können Liefer- und Zahlungsrisiken unter Umständen durch HERMES-Deckungen abgesichert werden, wenn nicht oder nur zum Teil, können private Banken und Versicherungen für einen Risikoausgleich sorgen. Der Ausgleich kann sowohl statistisch erfolgen als auch in längerfristigen Abwicklungen bestehen, zum Beispiel kann die Lieferung von Investitionsgütern in Weichwährungsänder

»bezahlt« werden mit Produkten aus den gelieferten Anlagen über einen längeren Zeitraum hinweg (»buying back« genannt).

Europäische Union

Auf dem Weg ins dritte Jahrtausend

Der Zukunft zugewandt?

Am Ende des ersten Jahrtausends hatten apokalyptische Visionen Konjunktur, am Ende des zweiten geht es weniger aufgeregt zu, wenn man davon absieht, daß die »Event-Kultur« offenbar dessen Vorverlegung um ein Jahr verlangt. Wir EU-Bürger haben Grund, stolz darauf zu sein, daß wir nach einem ersten Halbjahrhundert der Kriege auf ein zweites des Friedens (wenigstens untereinander) zurückblicken. Wenn wir nach vorn schauen: was zeichnet sich ab?

Während die entwickelten Länder im allgemeinen im Prozeß der Tertiarisierung begriffen sind, konzentriert sich die EU in ihren Gemeinschaftsanstrengungen auf die Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte des EU-Haushalts wird dafür aufgewendet, nicht gerechnet die vielen Milliarden, die in Form von künstlich überhöhten Preisen (praktisch nicht deklarierte und nicht bilanzierte Sondersteuern) aufgebracht werden. Hinzu kommt, daß, wo so viel Geld fließt, Betrug, Vetternwirtschaft und Korruption »blühen«. Der (als Stachel im Fleisch der EU) schmerzende britische Rabatt ist letzten Endes ein Ausgleich für die geringe Bedeutung der britischen Landwirtschaft, sprich für ausbleibende Rückflüsse der geleisteten Beiträge: ein Ausdruck für die Rückständigkeit der Gemeinschaft, deren Fortschritt in diesem Bereich darin besteht, daß aus »ich habe ein Problem«: »wir haben ein Problem« gemacht wurde.

Um landwirtschaftliche Güter werden Handelskriege geführt, in deren Folge auch Industrieprodukte und Dienstleistungen von Sanktionen betroffen werden (nach der bisher geltenden Logik ist wohl demnächst mit der Einführung einer Kaffeemaschinen- und Lockenwicklerausgleichsabgabe zu rechnen). Der Schutz der »sensiblen Bereiche« verhindert wirksame Freihandelsabkommen (mit der NAFTA, mit dem MERCOSUR und anderen) sowie die Weiterentwicklung der Welthandelsordnung und bringt die Entwicklungs- und die Schwellenländer um die bitter benötigten Chancen, aus eigener Kraft voranzukommen. Die Beitrittsverhandlungen mit mittel- und osteuropäischen Staaten (die stärker agrarisch ausgerichtet sind als die jetzigen Mitglieder im Durchschnitt) werden geführt, als hätten sich nur die beitriftswilligen Länder zu entwickeln – dabei ist seit langem bekannt, daß nicht nur die Regularien einer überschaubaren Gemeinschaft auf eine (verglichen mit den Anfängen) vier- bis fünfmal so große Gemeinschaft nicht übertragbar sind, sondern auch die Marktordnungen mit ihren finanziellen Implikationen. Was beherrscht folglich die Diskussionen der halbjährlich wechselnden Präsidentschaften? – Bananen, Rindfleisch – und natürlich (und dies zu

Recht) das viele Geld, das die »Marktordnungen« (der Begriff erinnert an die mittelalterlichen Zünfte) verschlingen.

Die neidvoll betrachtete »Job-Maschine« der US-Wirtschaft »produziert« Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich, die EU, wunderte sich kürzlich Bundeskanzler Schröder, sei zwar de facto eine Industrieunion, fühle sich aber noch immer als eine Union von Agrarstaaten. Man kann auch sagen: Die EU ist eine Verteilungs-, keine Effizienzgemeinschaft. Der Freihandel als Prinzip findet seine natürlichen Grenzen dort, wo übergeordnete Interessen berührt sind, zum Beispiel der Gesundheits- oder allgemein der Verbraucherschutz. Wo übergeordnete Interessen von kommerziellen nicht zu trennen sind, ist es freilich schwer, einen Konsens zu finden, der die unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt. Dies gilt um so mehr, wenn die Glaubwürdigkeit der Kontrahenten nicht über jeden Zweifel erhaben ist. Unter »befreundeten Gegnern« sollte dies allerdings nicht unmöglich sein. Sollten wir EU-Bürger nicht endlich den Blick von der Scholle heben und der Zukunft ins Auge sehen? Den AKP-Staaten brächten direkte Transferzahlungen in Höhe von 10% der Kosten der Bananenmarktordnung das selbe. In Brüssel wird mit Blick auf die (von der EU angeregte) WTO-Runde vorsorglich darauf hingewiesen, daß bestimmte »Schlüsselemente« der EU-Agrarpolitik selbstverständlich erhalten bleiben müssen.

Direktinvestitionen

Negativsaldo explodiert

In Ecu gerechnet, verlor die EU schon 1997 per Saldo 51,5 Mrd. an Direktinvestitionen, 1998 waren es mit 97,3 Mrd. Ecu fast doppelt so viel. Für den Standort EU im globalen Wettbewerb ist dies ein negativer Indikator ersten Ranges. Die größten Einzelverlierer waren Deutschland (mit -56,6 nach -23,5 Mrd. Ecu) und Großbritannien (mit -29,9 nach -10,1 Mrd. Ecu), Gewinner waren Irland, Dänemark und Österreich.

Umweltschutz

Wettbewerb, Freihandel, Binnenmarkt

Umweltauflagen für die Produktion kosten Geld, Umweltverträglichkeit als Voraussetzung für den Marktzugang wirkt sich grenzüberschreitend als nichttarifäres Handelshemmnis aus, und Umweltschutz tut not. Der Konflikt zwischen Wettbewerb und Umweltschutz beruht auf Entwicklungsunterschieden, die ganz allgemein zu unserem Alltag gehören: damit muß und kann man leben. Der Konflikt zwischen Freihandel und Umweltschutz ist lösbar, wenn Umweltvorschriften überzeugend begründet, rechtzeitig angekündigt und in der Praxis nicht diskriminierend wirken.

Besonders hoch sind die Ansprüche an die Verträglichkeit im europäischen Binnenmarkt. Bestehende Unterschiede in den nationalen Gesetzgebungen zu harmonisieren, ist schwierig. Leicht dagegen ist es, wenn die Fortentwicklung im Konsens

auf EU-Ebene betrieben wird. Genau darum will sich die EU-Kommission künftig stärker bemühen, ohne deswegen den Ehrgeiz zu entwickeln, ein einheitliches europäisches Umweltrecht zu schaffen. Entwicklungsunterschiede werden bleiben und auch künftig entstehen. Mit denen kann man leben.

Verbraucherschutz

Electronic Commerce

Das Internet gilt vielen als ortloser Ort einer fröhlichen Anarchie, der keine Gesetze etwas anhaben können. Wo die große Freiheit die dazugehörige Verantwortung vermissen läßt, kann allerdings auf staatliches Handeln nicht ganz verzichtet werden. Wo Geschäfte gemacht werden, wird der Fiskus hellwach. Wo Betrüger die Vorzüge des Mediums zu ihren Gunsten nutzen, ist der Verbraucherschutz gefordert.

Im traditionellen Handel gilt das Recht des Landes, in dem der Handel stattfindet. Im Außenhandel gilt die individuelle Vereinbarung, mindestens im Streitfall darüber hinaus das internationale Privatrecht. Im Alltag geht es um meistens Haftung und Gewährleistung, im Streit auch um Gerichtsstand, Beweislast und andere Elemente des Prozeßrechtes. Die EU hat für den (heute so genannten) Binnenmarkt 1968 bzw. 1996 die Konventionen von Brüssel bzw. von Lugano in Kraft gesetzt und strebt nun eine neue Konvention an, welche den Besonderheiten des elektronischen Handels Rechnung trägt.

Der gemeinsam erarbeitete Vorschlag der EU-Innen- und Justizminister (die Wirtschaftsressorts sind nicht beteiligt) läßt die Wellen hochgehen, denn er sieht eine radikale, verbraucherfreundliche Umkehr vor: Für die Schlichtung von Streitfällen, für welche internationales Privatrecht gilt, soll das Empfängerlandprinzip eingeführt werden, nachdem bisher das Ursprungslandprinzip gilt. Der Verbraucher kann danach in seinem Land klagen, egal wo der Lieferant seinen Sitz hat. Die Verkäufer sehen sich dadurch mit so vielen nationalen Rechtsordnungen konfrontiert, wie es EU-Länder gibt, in denen sie verkaufen, und sie müssen alle diese Rechte im Prozeß gegen sich gelten lassen.

Rein theoretisch könnte der Streit dadurch vermieden werden, daß bestehende Rechtsunterschiede im Binnenmarkt ausgeglichen würden.

EU-Schweiz

Weitere Annäherung beschlossen

Mehr als vier Jahre dauerten die Verhandlungen, an deren Ende jetzt sieben Abkommen unterzeichnet worden sind, die nach Möglichkeit im übernächsten Jahr in Kraft treten sollen. Die Schweizer werden danach mehr Rechte im europäischen Binnenmarkt, die EU-Bürger entsprechend mehr Rechte im Gebiet der Eidgenossenschaft erhalten. Parallel dazu war wieder öfter zu hören, daß der auf eigenen Wunsch ruhende Antrag der Schweiz auf EU-Beitritt wieder aufleben soll.

Aus der Diskussion bekannt sind vor allem die Verkehrsabkommen. Die EU-40-Tonner können durch die Alpen rollen beziehungsweise auf Schienen transportiert werden. Italien bleibt auf dem Landweg erreichbar, eine übermäßige Transitbelastung Süddeutschlands und Österreichs wird vermieden. Der freie Personenverkehr innerhalb der EU wird die Schweiz gleichberechtigt einschließen. Der schweizerische Luftverkehr wird nach dem Muster des Binnenmarktes liberalisiert. Die Beteiligung der Schweizerbürger an wichtigen politischen Entscheidungen hat in der Vergangenheit die Annäherung der Alpenrepublik an die ihr Land umschließende Freihandelszone verhindert. Das Inkrafttreten der jetzt beschlossenen Abkommen wird deshalb mehr als ein formaljuristischer Akt sein.

Amerika

USA

Ein Gespenst kehrt zurück

Sie schien fast ausgerottet zu sein, die »Wachstumsseuche« Inflation, in einem Daueraufschwung, der ohne Beispiel ist in der neueren Wirtschaftsgeschichte. In diesem Frühjahr klopft sie unüberhörbar wieder an die Tür der amerikanischen Stabilitätswächter. Die aktuelle Preisentwicklung, jeweils auf eine Jahresrate hochgerechnet, schnellte zu Beginn des zweiten Quartals von den gewohnten rund 1,5% auf 3,3% hoch. Ausgelöst wurde diese Entwicklung von Ölpreiserhöhungen, welche die Benzinpreise um 30% in die Höhe trieben, sowie von Preiserhöhungen für Tabakwaren, worin eine Art »Generationenvertrag« der Nikotinsüchtigen zum Ausdruck kommt, nachdem Entschädigungen in dreistelliger Milliardenhöhe – möglichst profitneutral – zu leisten sein werden.

Für die weitere Preisentwicklung entstehen zweierlei Gefahren. Die Ölpreiserhöhung belastet die amerikanische Handelsbilanz, die schon bisher mit alljährlichen Rekorddefiziten erheblichen Kummer bereitet. Die gestiegenen Energiekosten können in einem Land der von keiner Ökosteuer gezügelten Energieverschwender rasch auf andere Preise durchschlagen. Eine allgemeine Erhöhung der Verbraucherpreise aber, das ist die zweite Gefahr, könnte die Lohn-Preis-Spirale wieder in Gang setzen, dadurch den erreichten Beschäftigungsstand bedrohen und durch Konsumverzicht das wirtschaftliche Wachstum direkt gefährden. Zinserhöhungen wären unvermeidbar, als deren Folge über Nacht an allen Weltbörsen die Glocken klingeln würden. Der derzeit wichtigste Motor der Weltwirtschaft würde spürbar stottern.

Die Mahnungen an die Adressen der EU und Japans, Strukturreformen zügig voran zu bringen, WTO-Vereinbarungen einzuhalten, weiterhin bestehende Handelshemmnisse rasch zu beseitigen und mehr originäres Wachstum zu produzieren, würden lauter werden.

Gipfel von Rio

Große Gesten, guter Wille, viel Zeit

Lateinamerika formiert sich. Die Unterschiede sowohl beim Erreichten als auch beim Gewollten sind groß: Mexiko ist NAFTA-Mitglied. Kuba meldet sich zurück aus der Isolation (allerdings sind da noch 700 Mio. Mark der DDR Altschulden, die HERMES-Deckungen für Exporte ausschließen und damit leider die Exporte selber praktisch auch). Brasilien und Argentinien streiten ausdauernd über den richtigen Weg des MERCOSUR, über Anpassung der Währung (wie Brasiliens Real-Abwertung) oder »Dollarisierung« (wie Argentinien Überlegung, den Peso ganz aufzugeben). In der nüchternen Sprache der Statistik geht es dem MERCOSUR darum, ein jährliches Handelsbilanzdefizit von mindestens 6,5 Mrd. \$ (1997) abzubauen, was derzeit nur durch vermehrten Export landwirtschaftlicher Produkte geleistet werden kann. Dennoch ist der Wille unverkennbar, daß die (inneren und äußeren) Erwartungen an den Wachstumspol Mittel- und Südamerika erfüllt werden sollen. Die EU ist vor den USA der größte Handelspartner. Die Lateinamerikaner hätten nichts dagegen, wenn das so bliebe, und streben die Schaffung einer europäisch-lateinamerikanischen Freihandelszone an.

Die Rio-Gruppe der karibischen und der südamerikanischen Staaten verbindet die Erben der einstigen Kolonialherren. Wenn sie gemeinsam nach Europa blicken, hat das eine besondere Qualität. Ein verbindendes Element ist die Ablehnung des US-amerikanischen Wirtschaftskolonialismus, welcher die letzten 100 Jahre ihrer Geschichte prägte. Die versuchte Annäherung an die EU verläuft, wie immer wieder betont wird, ganz unabhängig von Bestrebungen, eine panamerikanische Freihandelszone zu schaffen.

Europa ist schon weiter in der Formierung, auch die Währungsfrage ist gelöst. Die Unterschiede sind gleichwohl nach wie vor groß. Was bei der deutschen Industrie Hoffnungen weckt, die Ausweitung des Freihandels mit dem MERCOSUR, weckt in Frankreichs Landwirtschaft Befürchtungen, die wie stets die Richtung der EU bestimmen. Der Hinweis auf die Millenniumsrunde der WTO, deren Ergebnis man abwarten wolle, läuft auf nichts anderes als auf – Abwarten hinaus. Ein halbherziges Freihandelsabkommen, das größere Teile als »sensibel« ausschließen würde, wäre schon nach den geltenden WTO-Regeln nicht genehmigungsfähig. Der am Ende doch noch gefaßte Beschluß, ab 2001 parallel zu verhandeln, aber erst die Millenniumsrunde abzuschließen, dann die bilateral erzielten Ergebnisse in Kraft zu setzen, wird seinen Wert nicht vor dem Jahr 2004 erweisen. Die Angloamerikaner steigern derweil ihren Einfluß kontinuierlich.

China

Steiniger Weg in die Weltwirtschaft

Der WTO-Beitritt des Landes entwickelt sich zu einer Hängepartie. Das chinesische Kalkül umfaßt eine nicht leicht zu durchschauende Mixtur aus erhofften wirtschaftlichen Vorteilen beim Export, aus erwarteten Sonderrechten beim Import, aus Nationalstolz und Staatsräson. Die WTO-Zertifizierung würde als Erfolg gewertet, obwohl sie keineswegs alle Probleme des chinesischen Außenhandels lösen würde. Schon jetzt sind vorausseilende Klagen von Landwirten zu hören, auch aus der Textilindustrie und anderen Wirtschaftszweigen, die direkte Nachteile durch einen Beitritt befürchten. Japan und Australien jedenfalls unterstützen Chinas Absicht, in den USA blockieren interne Machtkämpfe die Zustimmung, die EU schmolzt. Das Säbelrasseln um Taiwan dürfte nach außen hin kaum hilfreich, vielmehr Ausdruck zunehmender Nöte im Innern sein (Versuche, ein Sozialversicherungssystem nach deutschem Vorbild aufzubauen, zwingen zum Rechnen).

Ähnlich undurchsichtig sind die Motive für den Verzicht auf die Abwertung des Yuan. Vielleicht spielen hier der Nationalstolz, die Klugheit, einen Abwertungswettlauf zu vermeiden, und Überlegungen, diese Karte erst nach einem WTO-Beitritt zu spielen zusammen. Bis dahin wird das Land mit Billigwaren aus den Nachbarstaaten überschwemmt, gehen die eigenen Exporte zurück, da sie vergleichsweise teuer sind, und wird der Reformdruck im Innern stark erhöht. Versuche, mehr Binnennachfrage zu schaffen, wollen nicht gelingen, da die Sparanlagen zur Hälfte denjenigen gehören, die bereits alles besitzen. Die echten Notgroschen der anderen Hälfte bleiben unter Verschuß. Die Zinssenkung jedenfalls verpuffte ohne spürbare Effekte.

Japan

Nicht Neues unter der Sonne

Beschäftigungsprogramme, Ankurbelung des Konsums, Lockerung von Protektionsmaßnahmen: nichts Neues fällt dem staatlichen Management des Inselreiches ein. Geschönte Zahlen entfachen Strohfeuer an der Börse, die Entwicklung der Investitionen, die wachsende Arbeitslosigkeit (auf bald 4 Millionen, wie in Deutschland – in Japan allerdings nur 5%), die gegenläufigen Entwicklungen bei Ex- und Importen und sogar die Selbstmordraten sprechen eine andere Sprache. Das Bruttoinlandsprodukt ist geschrumpft und dürfte weiter schrumpfen. Die Prognosen für das kommende Haushaltsjahr sind umstritten, man wird sehen. Das aus Lehrbüchern bekannte Modell einer stationären Wirtschaft scheint in der Realität nicht vorkommen zu dürfen, ohne daß tiefgehende Krisen ausgelöst werden – nicht nur in Japan.

Der hochverschuldete japanische Staat investiert in eine Wirtschaftsordnung, welche keine ausreichenden Rückflüsse erwarten läßt. Die OECD errechnet nach ihrem Schema für 1998 eine Schuldenlast von 58% des BIP, zwei japanische Forschungsinstitute, welche zusätzlich Nebenfisken und versteckte Schulden berücksichtigen, kommen auf 73% bzw. – wenn die Rentenversicherung einbezogen wird – auf 179% des BIP. Das Wort von der Schuldenfalle macht die Runde. Mit in der Falle sitzen die notwendigen Strukturreformen, für die das Geld fehlt.

Aus der Sicht ausländischer Investoren wirkt die Krise wie eine Abwehrschwäche, eine Einladung, endlich japanische Aktien, Grundstücke, Unternehmen und Beteiligungen erwerben zu können, ohne von widrigen Vorschriften daran gehindert zu werden (wie in der Vergangenheit). Im abgelaufenen Fiskaljahr verdoppelten sich jedenfalls die registrierten Direktinvestitionen. Vielleicht verwandelt sich diese vermeintliche Schwäche (aus japanischer Sicht) in eine Stärke, die auf einer Durchmischung beruht, wie sie andere, offenere Volkswirtschaften bereits erlebt haben und noch erleben. Dann aber wären die in dichter Folge verkündeten staatlichen Programme nicht nur überflüssig, sondern schädlich, weil sie die dringend anzupackenden Reformen des staatlichen Sektors verschleppen.

Europa

Österreich

Dunkle Flecken?

Schaut man sich die unterschiedlichen Wachstumsprognosen für die österreichische Wirtschaft genauer an, stellt man fest, daß sie insbesondere in den Exporterwartungen erheblich divergieren. Mit 2 bis 3% liegen sie allerdings im Trend der europäischen Entwicklung. Das insgesamt erfreuliche Bild der österreichischen Wirtschaft weist nach dem jüngsten OECD-Bericht Flecken auf, die mehr Aufmerksamkeit verdienen, als ihnen derzeit zuteil wird. 12% der Beschäftigten sind Beamte, 12% der Rentner sind Frührentner. So gesehen, schön verdeckte Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenquote von 4,7%.

Der Abbau der Staatsverschuldung scheint an Schwung verloren zu haben. Dabei entwickelt sich ein fiskalisches Problem, auf das Forschungsinstitute im Land jüngst aufmerksam gemacht haben. Das Budgetdefizit des nächsten Jahres komme mit geschätzten 2,6% – bei gutem Wachstum – der Obergrenze des betreffenden Maastricht-Kriteriums von 3% gefährlich nah. Abhilfe ist nur durch ein angepaßtes Ausgabengebaren zu erwarten, nachdem die Konsolidierungserfolge der letzten Zeit überwiegend durch Steigerungen der öffentlichen Einnahmen erzielt worden sind. Die Regierungskoalition bestreitet die Prognosen: Wahlzeit ist weder Wahrzeit noch Sparzeit.

Italien

Wird der Euro hart?

Die Interdependenz als allgemeines Kennzeichen des Wirtschaftens ist nicht zuletzt dafür gut, daß Politikern die Argumente pro & contra nicht ausgehen. Die höhere Neuverschuldung Italiens (um 2,4 statt um 2%) sei keine Abkehr von den fiskalischen Zielen der EWWU-Mitglieder, sondern eine Umrechnung in Erwartung einer schwierigen konjunkturellen Lage. Die Schuldenziele für die folgenden Jahre (1,5% für 2000, 1% für 2001) bleiben bestehen. Wenn das für dieses Jahr vorgebrachte Argument zieht, welche Vorbehalte gelten dann für die nächsten Jahre? Sera duro l'euro?

Rußland

Öl braucht die Maschine

Wenn man die russische Wirtschaft als eine Maschine mit Funktionsstörungen ansieht und überlegt, welche Rädchen man wann drehen müßte, um sie richtig zum Laufen zu bringen: die Aufgabe erschiene nicht als unlösbar. Das Problem ist: sie ist keine Maschine, und wenn sie eine wäre, blieben Unwägbarkeiten im Umfeld bestehen, zum Beispiel der Weltmarktpreis für Erdöl. Fällt er, hilft alles, was man richtig machen kann, nichts, steigt er, kommt man rascher voran. Vielleicht könnten die Importländer Öllieferungen direkt belohnen, wenn die Preise sinken sollten?

Der zentrale Haushalt leidet darunter, daß ihm zustehende Einnahmen nicht ankommen, sondern im Unterbau versickern oder ganz ausbleiben. Der reichlich sprudelnde gute Rat aus dem Westen wird vorzugsweise dadurch beachtet, daß Niederlassungen westlicher Unternehmen dem empfohlenen Standard gemäß von Betriebsprüfern unter- beziehungsweise heimgesucht werden. Währungsverluste werden nicht anerkannt, so daß aus einem Gewinn vor Steuern durchaus ein Verlust nach Steuern werden kann. Indessen mindert die galoppierende Inflation den realen Wert der verschleppten Abgabenleistung durch viele einheimische Unternehmen.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

Handbuch Corporate Finance

Konzepte, Strategien und Praxiswissen für das moderne Finanzmanagement

Hrsg. von Ann-Kristin Achleitner und Georg F. Thoma, Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln, Loseblattwerk in 2 Ordnern. Ca. 1300 Seiten, Grundwerk 198 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3-87156-192-4

Wer kennt sie nicht, die allseits präsenten Schlagworte »Liberalisierung«, »Globalisierung« und »neue Kommunikationstechnologien«, die auch auf den internationalen Finanzmärkten einige Turbulenzen ausgelöst haben? Der durch dieses »magische Dreieck« bedingte tiefgreifende, weltweite Wandel der Finanzmärkte hat seine

Spuren auch im betrieblichen Alltag hinterlassen. Der Anpassungszwang in der Praxis besteht nicht nur für Banken und Emissionshäuser, sondern in ebenso starkem Umfang für das Finanzmanagement von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen.

Im Unternehmen ist der finanzielle Bereich schon lange nicht mehr ausschließlich monetärer Reflex des realwirtschaftlichen Geschehens, sondern unterliegt wie alle anderen Abteilungen dem Imperativ des *Value Management*, d.h. der klaren Forderung an den Unternehmensbereich Finanzen, als unternehmenswertsteigernde Erfolgsquelle zu fungieren. Und damit die Finanzabteilung in stärkerem Maße einen originären Beitrag zum Erfolg leisten kann, muß sie diese Erfolgsbeiträge am Markt erwirtschaften, zum einen durch kostengünstige Kapitalbeschaffung, zum andern als renditeorientierte Kapitalanlage unter Berücksichtigung von wohldosiertem, kalkuliertem Risiko. Aufgrund der neuen Bedingungskonstellation sieht sich der Bereich Finanzen gleichzeitig mit einer Aufgabenerweiterung, -intensivierung und -vertiefung konfrontiert.

Der Finanzexperte, egal ob Treasurer oder Controller, braucht um den hohen Erwartungen gerecht zu werden, fundiertes Know-how. Das Werk will mit seinen kurzen, prägnanten und vor allem praxisnahen Beiträge zu allen Standardthemen (wie Eigenkapital- und Fremdkapitalfinanzierung) sowie zu allen interessanten Trendthemen (z.B. Going Public am Neuen Markt) helfen, die durch die neue Positionierung der Finanzabteilung entstandenen Risiken und Chancen für das Gesamtunternehmen erfolgreich wahrzunehmen.

Außenwirtschaftsbrief 4/1999. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, August 1999: Deutscher Wirtschaftsdienst.